

Die Begabtenabteilung ein, in der im ersten Jahre besonderes Gewicht auf Deutsch gelegt wird. Im vierten Schuljahr tritt Französisch hinzu, im nächsten Latein, später Englisch, auch Mathematik und Naturwissenschaften. Auf diese Weise ist es möglich, die Kinder dann beim Übergang in höhere Schulen in einer ihrem Alter entsprechenden Klasse unterzubringen, was bisher mangels der nötigen Vorbildung nicht möglich war oder doch nur in Ausnahmefällen mit Hilfe zahlreicher Extrastunden. Die Zahl der Stunden für Fremdsprachen ist so bemessen, daß das zu erreichende Lehrziel dem entspricht, was gleichaltrige Schüler der höheren Schulen erreichen. Auch in allen anderen Lehrfächern wird das Lehrziel bedeutend höher gestellt als bisher, was ja auch möglich ist, da es sich nur um gutbegabte Kinder in schwächer besetzten Klassen handelt. Für diejenigen Kinder, die eine höhere Schule nicht besuchen, sondern dem Gewerbe, dem Kaufmannsstande zugewiesen werden oder die Beamten werden wollen, ist ein 9. Schuljahr vorgesehen mit Vollunterricht (wochenmäßig 36 Stunden) und entsprechenden Lehrgängen, auf die schon im 8. Schuljahr Rücksicht zu nehmen wäre (z. B. für das Gewerbe im Zeichnen). Vom dreijährigen Fortbildungsschulbesuch würde dieses 9. Schuljahr befreien. Für kommende Ostern lämen neben der Hilfsschule zunächst zwei Klassen der Besuchsschule in Frage für das 3. und 4. Schuljahr. Das aber bedingt die Anstellung von zwei Lehrkräften, die für dieses Jahr (½ Jahr) etwa 4000 M. kosten würden. Da mit jedem Jahr eine weitere Klasse hinzukäme, möchte sich, bis zum vollen Ausbau jedes Jahr die Anstellung einer weiteren Lehrkraft notwendig, wenn nicht die geringe Geburtenzahl während der Kriegsjahre in einigen Jahren gestaltet, einzelne Jahrgänge in einer Klasse (Mädchen und Knaben zusammen) zu unterrichten und so eine Lehrkraft frei zu bekommen. Mit Sicherheit kann damit jedoch nicht gerechnet werden, da ja z. B. zu erhöhtes Anwachsen der Einwohnerzahl ausgleichend wirken kann. Für Latein und Mathematik läme ein Akademiker in Frage. Da die Anmeldungen der A.B.C.-Schulen für Ostern recht zahlreich sind (über 100), so wird unter Hinzurechnung der Sizzenbleiber eine Dreiteilung des ersten Jahrganges nicht zu umgehen sein. Für diese dritte Klasse wäre bei Anstellung von zwei neuen Lehrern die Lehrkraft mit gewonnen. Der Eintritt in die Besuchsschule ist abhängig zu machen von einer Prüfung, und zwar lediglich von einer solchen. Der Geldbeutel des Vaters spielt dabei keine Rolle, da der Unterricht, wie an der Bürgerschule überhaupt, kostenlos ist. Nach langer Aussprache wurde der Vorschlag des Schulausschusses von beiden Kollegen einstimmig zum Beschluss erhoben. Den von einer Seite erhobenen und mit 5 Stimmen unterstützten Einwand, daß es gewagt erscheine, bereits nach 2 Jahren entscheiden zu wollen, ob ein Kind gut begabt ist oder nicht, da Kinderkrankheiten hier stark einwirken könnten und manches Kind überhaupt erst später sich entwidet, wurde entgegen gehalten, daß ja das dritte Schuljahr als eine Art Probejahr betrachtet werden kann, da der Fremdsprachenunterricht erst mit dem vierten Jahr einsetzt, und daß es immerhin möglich ist, nach Ablauf des dritten Jahres ein Kind, das gewissermaßen überschätzt worden ist, in die Normalschule zurückzunehmen und andererseits ein Kind, das im dritten Jahr sich besonders gut entwickelt, noch mit dem vierten Schuljahr der Besuchsschule zuzuführen. (Blaesewitz z. B. nimmt die Gabelung bereits nach dem ersten Jahre vor.) Auch die Frage wird aufgeworfen, ob bei den allgemein ungünstigen Verhältnissen und bei dem mit Sicherheit zu erwartenden ganz außerordentlich schweren Stauverdruck es sich nicht empfehle, mit der Neuorganisation der Schule noch etwas zu warten. Dem wird entgegengehalten, daß man unsern Kindern, dem zukünftigen Geschlecht, dieses Opfer bringen müsse im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse unseres Volkes, das in Zukunft jeden wichtigen Kopf braucht, mehr als je. Gar manche Beschwörung sei bloß verkümmert, weil die Ausbildung unterbleiben mußte. Hier bestehend zu wirken, erscheine dringend notwendig. Lange genug habe Dippoldiswalde auf eine bessere Schule gewartet. — Recht bedeutende Kosten sind mit dieser Einrichtung zwar verbunden. Sie erscheinen jedoch immerhin erschwinglich und sind mit Rücksicht auf das, was erreicht werden soll, wohl zu verantworten. Vor allem scheint dieser Weg für Dippoldiswalde für jetzt und auf lange Zeit hinaus der einzige zu sein zur Erfüllung des alten und neuerdings immer dringlicher werdenden Wunsches: Bessere Schulbildung! und: Freie Bahn dem Tüchtigen! — Die Siedlung wird diese Ostern keine neue Klasse wieder beginnen. Die bestehenden Klassen werden noch durchgeführt. — Anschließend teilt Herr Bürgermeister Dr. Hornig mit, daß an Arbeitslose (am leichtesten Zahltag 82) bisher 29 942,30 M. ausbezahlt wurden. Herr Stadtrat Liebel referiert über demnächst vorzunehmende Notstandsarbeiten (Regulierung des Poetenweges, der Weißeritz und eventuell der Talperrenstraße, nach Erledigung der notwendigen Vorarbeiten Ausbau eines Teiles des Heldenweges, Raumung der Weißeritz), wodurch wenigstens ein Teil der Arbeitslosen auf einige Zeit untergebracht werden könne. Herr Stadtrat Gieholt kann einige Männer mit Holzspalten beschäftigen. Mit einer Aussprache über die Stundenabzüge für Notstandsarbeiten und für die städtischen Bauarbeiter und über die Anregung, eine Gelegenheit zum Baden für Kinder im sogenannten großen Teiche zu schaffen, schließt die Sitzung.

Der Postverkehr (Briefe usw.) mit Leipzig ist bis auf weiteres gesperrt, hingegen sind Ferngespräche zugängig, ebenso werden Telegramme dorthin angenommen.

— Herr Ing. Treupel, der im Jahre 1914 Besucher unserer Müllerstraße war und bei Kriegsausbruch dem Verein „Glock zu!“ präsidierte, ist jetzt als Assistent an genannte Einrichtung zurückgekehrt. Herr Assistent Hornig ist vor kurzem auf einen anderen Posten berufen worden. — Vom Reichsausschuß für pfändliche und tierische Dole und Fette, Berlin, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Veränderung in der Bewirtschaftung der Kinderküche nicht eingetreten und auch für die nächste Zeit nicht zu erwarten ist. Es ist nur eine Versägung dahin ergangen, daß das aus den Kinderküchen gewonnene Rindfleisch zur Herstellung von Nahrungsmitteln (Margarine) und nicht mehr als Schmiermaterial verwendet werden soll. Die Versägung führt u. a. darauf zurück, daß die Ausbeute an Nahrungsmitteln, wenn die bisherige Verarbeitungsweise beibehalten wird, bedeutend höher ist als wenn die Kinderküche in den in ihr primitiven Anlagen der Ablieferungspflichtigen verarbeitet oder von ihnen zum Gebrauch im Haushalt verkauft werden. Hinzu kommt der Umstand, daß es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt, die für die Seidenwarenindustrie notwendigen Röhrenknoschen restlos zu erfassen und ihr zur Verarbeitung zu stellen, was in Frage gestellt wäre, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben würde. Die Ablieferung der Kinderküche ist deshalb nach wie vor im volkswirtschaftlichen Interesse äußerst wichtig und es würde seitens der zuständigen Behörden nötigstens mit Strafe vorgegangen werden müssen, wenn zur Ablieferung Verpflichtete diese unterlassen sollten.

Dresden. Eine versuchsweise Einrichtung des Pferdebahnbetriebes soll in den nächsten Tagen in Dresden durchgeführt werden, da die ungenügende Kohlenversorgung der Kraftwerke voraussichtlich noch längere Zeit anhält, so daß auch mit einer weiteren Einschränkung des Straßenbahnbetriebes gerechnet werden muß. Der erste Versuch soll auf der Strecke Altmarkt-Bergmannstraße gemacht werden. Die Wagen sollen in Zwischenzeiten von 20 Minuten verkehren und der Fahrpreis für die ganze Strecke 75 Pf. betragen.

— Von 56 Abgeordneten ist bei der Volkskammer folgender Antrag eingegangen: Die Volkskammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der 1. Mai und 9. November als gesetzliche Ruhestage festgelegt werden.

Blaesewitz. Zur Warnung sollten folgende Vorkommnisse dienen: Soldaten, die auf Kraftwagen anlaufen, versuchen, in Grundstücken Haussuchungen nach Lebensmitteln vorzunehmen. Es ist zu unlösbarer Vorfälle nicht gekommen, da die Soldaten in einem Falle nichts fanden, im anderen von der Haustfrau der Eintritt in die Wohnung verweigert wurde. Die Polizeibehörde ersucht sämliche Einwohner, nur Haussuchungen vornehmen zu lassen, wenn Polizeigebäude es amüslich ist zu mäulen. Soldaten allein sind in keiner Weise befugt, sich derartige Rechte anzumessen; es handelt sich in solchen Fällen immer um Schwund. Man lasse also ohne Legitimation keine Person in die Wohnungen.

Chemnitz. Hier sind am Mittwoch mehrere Waggons Fische in halbversautem Zustand angeliefert. Ein Teil, der noch halbweß gerieben war, konnte noch schnell ohne Marken an den Mann gebracht werden. Weiter sind gegen 30 Wagen Möhren, Weißkohl usw. vollständig verfault eingetroffen. Durch die Streife sind die Wagenladungen unterwegs sehr lange aufgehalten und die Waren dadurch dem Verderben preisgegeben worden. Einer Sendung von 30 000 Zentnern Kartoffeln, die aus Polen für Chemnitz unterwegs sind, sieht die Stadtverwaltung mit Sorge entgegen.

Aus dem Erzgebirge. Das Radiumbad Oberschlemm-Schneberg G. m. b. H. erhöht das Gesellschaftskapital um 1714 000 M. auf 2 Mill. M. Es besteht Aussicht, durch Bohrungen stark radioaktive Wasser zu erhalten, vielleicht heiter Art zu erschließen.

In Zöblitz konnte die freiwillige Feuerwehr auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

Marienberg, 7. März. Hier sind allerlei Gerüchte über eine Verlegung der Unteroffizierschule aufgetaucht, die eine große Beunruhigung in die Kreise der Interessenten gebracht hat. Da die Gerüchte mit ziemlicher Bestimmtheit aufraten, begab sich der Bürgermeister mit einigen Herren der Schule nach Dresden, wo ihm jedoch im Ministerium für Militärwesen die Lustkunst gegeben werden konnte, daß von einer Verlegung keine Rede ist.

Zwickau. Wegen Preiswuchers bei dem Vertriebe eines Waschmittels wurde ein kleiner Malermeister und Waschmittelhändler vom Schößgericht zu 3000 M. Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis verurteilt, auch wurde der übermäßige Gewinn von 1793 M. eingezogen.

Reichenbach. Der Stadtrat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten, die bisherigen höheren Arbeitslosenunterstützungssätze bis zum 1. April weiterzuzahlen, begegnet. Auch einen anderen Wunsch der Arbeitslosen, die Einziehung der Stadt Reichenbach in eine höhere Ortsklasse, beschloß der Rat, an der zuständigen Stelle zu bestimmen.

Nenndorf. Zwischen Hanswalde und Nammendorf ging ein Geschirr mit sechs Insassen durch. Eine Frau stellte sich quer über die Straße, griff den Pferden in die Zügel und hielt sie so fest, daß sie nicht mehr weichen konnten.

Kamenz. Das am Donnerstag niedergesetzte heilige Gewitter forderte ein Menschenleben. In Ohlitz wurde der 17jährige Schuharbeiter Kieschker kurz vor Erreichen seiner Wohnung vom Blitz getroffen und getötet.

Letzte Nachrichten.

Neuer Streik im Bochumer Kohlenbezirk.

Bochum. Aus den Schächten der Gewerkschaft Voithingen sind neuerdings Differenzen ausgebrochen. Seit gestern früh wird auf allen Schächten gestreikt. Die Differenzen-Punkte betreffen hauptsächlich Wohnfragen, Bezahlung der Streikshiften und Beamten- und Personalfragen.

Keine Unterbrechung der Friedenskonferenz.

Aus dem Haag. Die Einstellung der Verhandlungen in Spa wird voraussichtlich keine Verschiebung der Arbeiten der Konferenz nach sich ziehen, da man allgemein die dringende Notwendigkeit der Lebensmittelversorgung Deutschlands anerkennt.

Streiks in Thüringen.

Coburg. In Süd-Thüringen hat sich die Arbeiterschaft gegen den Streik ausgesprochen; in West-Thüringen ist der Streik im Abschluß.

Der Berliner Generalstreik.

Berlin. Die Räume, die seit Dienstag sich in Berlin abspielen sind die blutigsten seit Ausbruch der Revolution. Die Verluste der Spartakisten sind außerordentlich hoch, aber auch die der Regierungstruppen sind schwer. Die Verluste dürften auf beiden Seiten mehr als 1000 an Toten und Verwundeten betragen.

Berlin. Die Leichenhaushäuser konnten am Freitag die zahlreichen ihnen zugeführten Leichen nicht mehr aufnehmen. Auf den Rettungswachen lagen 125 Verletzte, darunter 25 Frauen und 3 Kinder.

Große Plünderungen.

Ramzienkau, 8. März. Gestern abend 9 Uhr stürmten etwa 1000 Personen das hierige Umsiedlungsgebäude, entwaffnete die dort befindlichen Soldaten des Grenzschutzes, drangen in das Bureau ein und schlugen alles kurz und klein, was ihnen in die Hände kam. Aus dem Rathaus wurden 50 Zentner Speck geholt. Die Menge zog dann zum Bahnhof, wo zwei Eisenbahnwaggons mit Getreide geplündert wurden. Die Menge setzte sich meist aus streikenden Bergarbeitern zusammen.

Frankreichs Hohn auf die Menschlichkeit.

Berlin, 5. März. Der deutschen Regierung sind neue Mitteilungen über die schlechte Behandlung deutscher Gefangener in Frankreich zugegangen: Unterbringung in Zellen, die in diesem Schlamm stehen, auch im Winter, Lager auf blohem Zementboden in verlaufenen Räumen ohne Waschgelegenheit, Nahrung von 200 Gramm Brot und zwei dünnen Suppen täglich, Arbeitszwang täglich 10½ Stunden ausschließlich Hin- und Rückweg zur Arbeitsstelle, Misshandlungen mit Fäusten, Hammernüppeln und Stöcken.

Tschechen und Polen vor dem Einmarsch.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist ein Angriff der bolschewistischen Armee auf Preußen Mitte März zu erwarten. In Oberösterreich rechnet man mit dem Einmarsch der Polen. Der Zeitpunkt des Angriffs wird von dem Erfolg der Agitatoren, die an der Arbeit sind, abhängen. Vielleicht werden die Polen mit den Tschechen zusammenarbeiten. Die Tschechen selbst dürfen zwischen dem 10. und 15. März mit dem Vormarsch nach Sachsen und Schlesien beginnen. Die Zurückziehung der Tschechischen Truppen an der Grenze, von der berichtet wurde, dient offenbar nur zur Verschleierung der wahren Absichten.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs

an Deutschland.

Wien, 7. März. (Wiener Tel.-Korr.-Bureau.) Der Verfassungsausschuß hat einstimmig die Regierungsvorlage angenommen, mit der die Erklärung Deutsch-Oesterreichs als demokratische Republik und Bestandteil der Deutschen Republik feierlich bestätigt wird.

Gerichtssaal.

Der Mäher seiner Ehre. Das Schwurgericht Gilström verhandelte unter starkem Andrang des Publikums an zwei Tagen gegen den Bahnarzt Prof. Dr. Steinmüller, der beschuldigt wurde, den Schauspieler Brings getötet zu haben. Die Vorgesetzten der Anklage ist folgende: Prof. Dr. Steinmüller, der Direktor des Rostoder zahnärztlichen Instituts, ein Mann, der sich in wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen des größten Ansehens erfreute, war mit einer früheren Opernsängerin, einer anerkannten Schönheit, verheiratet. Doch war die Ehe nicht glücklich. Das künstlerische Temperament der Frau Professor soll sie veranlaßt haben, sich mehr als nur platonische Huldigungen früherer Vertraulichen gefallen zu lassen. Derartige Beziehungen soll die Frau namentlich angeklagt haben, als ihr Mann als Arzt während des Krieges eingezogen wurde. Er dachte daher daran, die Ehe zu lösen und hatte schon den Scheidungsantrag gestellt. Bevor diesem stattgegeben wurde, kam es aber zu einer blutigen Löschung des Ehekonflikts, indem Steinmüller den Schauspieler nach einer ernsten Auseinandersetzung niederschlug.

In der Verhandlung wurde dem Angeklagten von einer Reihe von Zeugen das beste Zeumündungszeugnis ausgestellt. Sowohl als Mensch wie als Arzt sei er ein einwandfreier Charakter. Der getötete Brings wurde als Frauenschläger bezeichnet, der mehr aus sich machen wollte, als in ihm steckt. So gab er sich als Corpsstudent und Arztestellnehmer aus. Die Geschworenen berücksichtigten die seelischen Vorgänge bei dem Angeklagten im Augenblicke der Tat und verneinten die Schuldfrage. Daraufhin erfolgte die Freisprechung des Angeklagten, die überall sympathisch aufgenommen wurde.